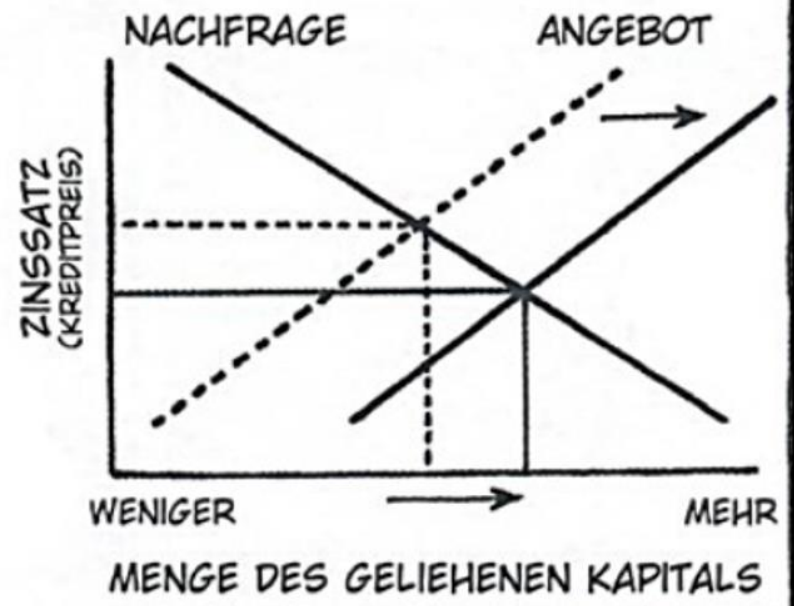
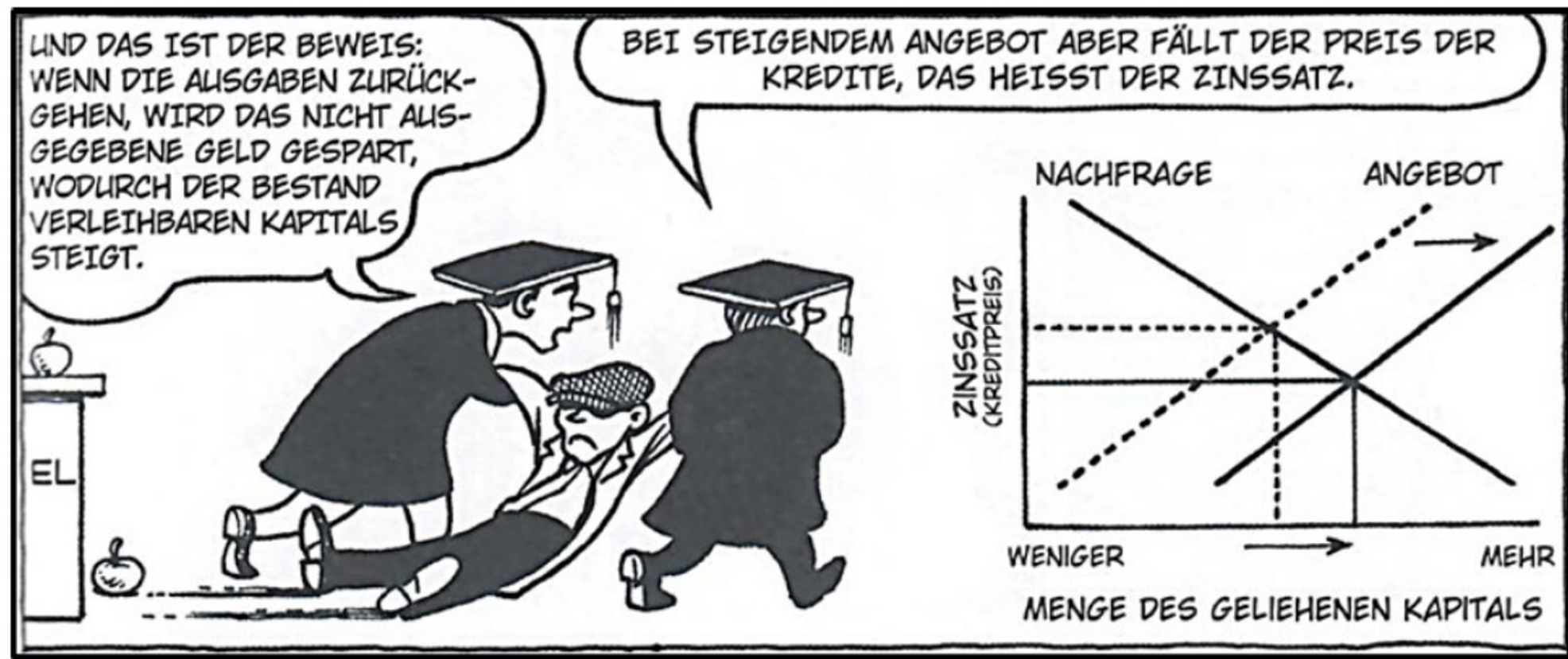


Richtig?



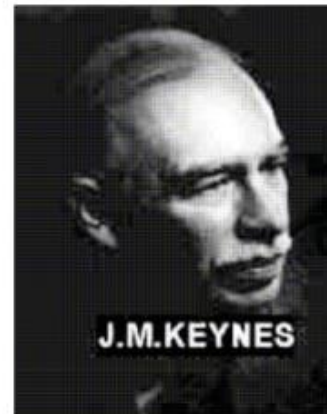
John Maynard Keynes



Einführung in die Wirtschaftspolitik

Keynes (1)

- geboren am 5.6.1883 in Cambridge
- Studium der Mathematik und Politischen Ökonomie in Cambridge
- Herausgeber des angesehenen »Economic Journal«
- Hauptwerk: „The general theory of employment, interest and money“ (1936)
- gestorben am 21.4.1946



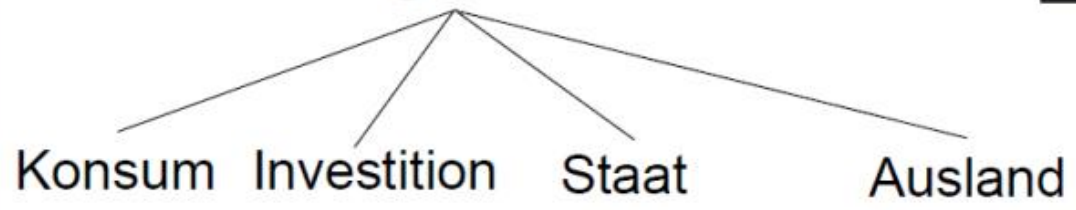
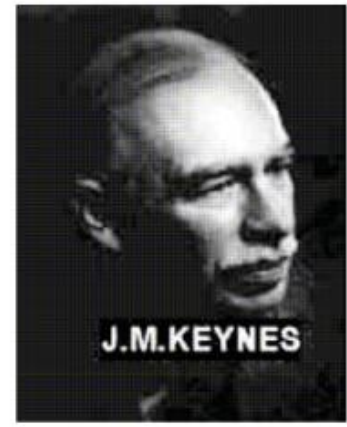
John Maynard Keynes



Einführung in die Wirtschaftspolitik

Keynes (2)

- Konjunkturschwankungen haben ihre Ursachen in Schwankungen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage.



John Maynard Keynes



Einführung in die Wirtschaftspolitik

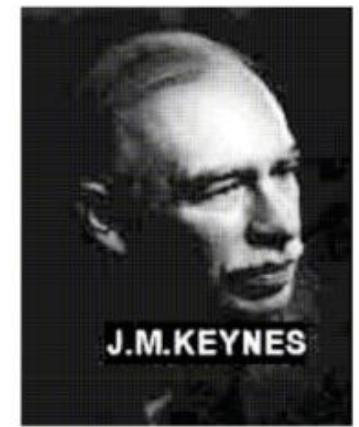
Keynes (3)

Prämissen

- sinkender Hang zum Verbrauch
- steigende Vorliebe für Liquidität
- Erwartung zukünftiger Kapitalerträge

Therapie



- progressive Besteuerung
- easy money policy
- deficit spending



Effekte

1. Timing-Probleme (Time Lags)

Wirtschaftspolitische Maßnahmen wirken oft mit starker zeitlicher Verzögerung:

- **Erkennungsverzögerung:** Konjunkturelle Wendepunkte werden oft zu spät erkannt. 
- **Umsetzungsverzögerung:** Politische Entscheidungsprozesse (z. B. das Verabschieden von Konjunkturpaketen durch den Bundestag) dauern Monate.
- **Wirkungsverzögerung:** Das Geld fließt erst zeitverzögert in die Wirtschaft. 
- **Unerwünschter Effekt:** Die staatlichen Impulse wirken oft erst dann, wenn sich die Wirtschaft bereits von selbst erholt hat. Das führt zu einer Überhitzung der Konjunktur.

Effekte

2. Verschuldung und die "Asymmetrie der Politik"

Der theoretische Plan sieht vor, dass der Staat in der Krise Schulden macht ("Deficit Spending"), diese aber im Aufschwung durch Überschüsse wieder abbaut ("Austerität").

- **Unerwünschter Effekt:** In der Realität zeigt sich die Politik oft asymmetrisch. Höhere Staatsausgaben und Subventionen sind bei Wählern sehr beliebt und lassen sich politisch kaum wieder zurücknehmen. Dies führt in vielen Staaten zu einer permanenten Neuverschuldung und hohen strukturellen Defiziten.

Effekte

3. Inflation und "Crowding-out"

Wird die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu stark stimuliert, übersteigt sie das Produktionspotenzial der Wirtschaft.

- **Unerwünschter Effekt:** Unternehmen reagieren auf die dauerhaft hohe Nachfrage nicht nur mit mehr Produktion, sondern erhöhen die Preise. Es droht eine **Inflation**. Zudem können stark steigende Staatsausgaben die privaten Investitionen verdrängen (Crowding-out-Effekt), da der Staat Kredite aufnimmt und dadurch das Zinsniveau für private Unternehmen verteuert.

Effekte

4. Strukturelle Fehlallokationen und mangelnde Flexibilität

Staatliche Eingriffe verzerren oft den Marktmechanismus.

- **Unerwünschter Effekt:** Der Staat investiert oft nach politischen Gesichtspunkten (z. B. Rettung maroder Großkonzerne oder Image-Projekte) statt nach Kriterien der wirtschaftlichen Effizienz. Zudem können veraltete Strukturen künstlich am Leben erhalten werden, wodurch dringend notwendiger struktureller Wandel und Innovationen (die Stärken der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik) blockiert werden.

Streitgespräch

Vorbereitung auf ein Streitgespräch:

Ihr diskutiert in 4er-Gruppen das Konzept des Keynesianismus.

- 2 sind Verfechter des Keynesianismus bzw. der Globalsteuerung.
- 2 kritisieren diese Konzeption und auch deren Umsetzung in Deutschland.

Dieser Auszug könnte Euch eine Hilfe sein.

http://iaf.sw-cremer.de/wp-content/uploads/2024/11/Lambsdorff_1982.pdf

Bereitet Euch darauf vor, dass Ihr im Anschluss ein solches Streitgespräch vor der gesamten Gruppe führen könnt.

Gründe des Scheiterns der

Das Misstrauensvotum gegen Helmut Schmidt



Politik unter H. Kohl

„Weg von mehr Staat, hin zu mehr Markt; weg von kollektiven Lasten, hin zur persönlichen Leistung; weg von verkrusteten Strukturen, hin zu mehr Beweglichkeit, Eigeninitiative und verstärkter Wettbewerbsfähigkeit“, so skizzierte Helmut Kohl das Programm seiner Koalition in seiner ersten Regierungserklärung am 13. Oktober 1982.

Nachfragepolitik

Gesamtnachfrage bestimmt das Einkommen und die Beschäftigung

Ausweitung der Staatsnachfrage

- Erhöhung des Staatskonsums
- Erhöhung der Subventionen an Unternehmen und Haushalte
- Anreize zur Förderung von Investitionen der Unternehmen

Staatsnachfrage ↑ Beschäftigung ↑
 Einkommen ↑ Konsumnachfrage ↑
 Beschäftigung ↑

vs.

Angebotspolitik

Rentabilität der Produktion (Angebot) bestimmt das Einkommen und die Beschäftigung

Verbesserung der Produktionsbedingungen

- Verringerung des Staatskonsums
- Schaffung von angebotsfreundlichen Rahmenbedingungen z.B. Steuersenkungen
Abschaffung Mindestlohn

Ertragskraft Unternehmen ↑
 Investitionen ↑ Beschäftigung ↑

Grundannahme

Lösungsansatz

Maßnahmen

Wirkungsketten